

„AktivRegion Schlei-Ostsee e.V.“ steht vor unklarer Zukunft – SPD-Abgeordnete warnen vor Kürzungen der europäischen Regionalförderung

Die Zukunft der AktivRegionen in Schleswig-Holstein ist ungewiss. Durch die vorgesehene Neuordnung der Förderstruktur im kommenden Haushalt der Europäischen Union drohen erhebliche Mittelkürzungen für Projekte im ländlichen Raum.

Die SPD-Europaabgeordnete Delara Burkhardt und die SPD-Landtagsabgeordnete Birte Pauls haben sich deshalb mit Akteuren der Aktivregion Schlei-Ostsee e.V. über die möglichen Auswirkungen ausgetauscht. An dem Austausch waren der stellvertretende Vorsitzende und der Regionalmanager der AktivRegion, Gunnar Bock und Mathias Heintz, sowie der Vorsitzende des Vereins zur Förderung des Naturerlebniscentrums, Franz Böhmer, beteiligt.

Die AktivRegion Schlei-Ostsee besteht seit über 25 Jahren und erstreckt sich nördlich und südlich um die Schlei herum. Der Norden ist durch die Landschaft Angeln geprägt und im Süden befindet sich die Halbinsel Schwansen. Die AktivRegion Schlei-Ostsee umfasst 71 Gemeinden sowie die Städte Schleswig, Kappeln und Arnis. Sie bringt Gemeinden, Vereine, Unternehmen und Einzelpersonen zusammen, um Projekte für den ländlichen Raum zu entwickeln und zu realisieren. Burkhardt und Pauls lernten im Rahmen ihres Besuches das Naturerlebniszentrum Maasholm und die dazugehörige Küstenwerkstatt kennen, die mit EU-Fördermitteln über die AktivRegion zu einem außerschulischen Lernort umgestaltet wurde (nähere Infos zum Projekt: [Website der AktivRegion Schlei-Ostsee](#)).

Die SPD-Europaabgeordnete Delara Burkhardt erklärt:

„Die AktivRegionen sind ein Aushängeschild europäischer Regionalpolitik. Sie stehen für den bewährten Bottom-up-Ansatz, bei dem Vereine, Kommunen, Unternehmen und Initiativen gemeinsam Verantwortung für ihre Region übernehmen. Das Engagement des Vereins zur Förderung des Naturerlebniscentrums ist eindrucksvoll und ich finde es großartig, dass EU-Mittel dies unterstützen konnten. Der außerschulische Lernort stärkt das Bewusstsein für die Zusammenhänge zwischen Umwelt und Klima auf der einen sowie uns Menschen auf der anderen Seite. Er ermöglicht es, Wissen niedrigschwellig an junge Menschen zu vermitteln und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen im ländlichen Raum. Für mich ist klar: Aktivregionen brauchen eine verbindliche finanzielle Absicherung, sie sind ein Stück Europa vor Ort.“

Die SPD- Landtagsabgeordnete Birte Pauls, ergänzt:

„Mit viel profunder Kenntnis über Menschen und der Region sind tolle Projekte durch die Gremien auf den Weg gebracht worden, die unsere Region noch lebenswerter machen.“

Gerade in Zeiten, in denen die Kommunen kaum noch finanzielle Spielräume haben, ist das Wirken der Aktivregion Schlei Ostsee von unschätzbarem Wert. Viele Projekte, die dem Zusammenhalt, der außerschulischen Bildung, der Nachhaltigkeit, dem Tourismus dienen und – ganz generell – den Menschen im Alltag helfen, wären ohne die AktivRegion nicht

möglich. Ein Wegfall würde die Lebensqualität der Menschen im ländlichen Raum auf empfindliche Weise einschränken und das dürfen wir uns nicht leisten.

Der Landtag hat auf unsere Initiative hin zuletzt im Oktober 2025 die Bedeutung der Arbeit der AktivRegionen für den ländlichen Raum betont. Umso erstaunlicher ist es deshalb, dass die Landesregierung im letzten Bundesrat ausgerechnet die Forderung der Länder nach der Gewährleistung der Förderung in der neuen EU-Förderperiode ab 2028 nicht mitgetragen hat.”

Franz Böhmer und der Verein zur Förderung des Naturerlebnisentrums freuen sich, eine Förderung erhalten zu haben:

„Ohne die Förderung hätten wir das Projekt nicht umsetzen können. Der Lernort erzeugt bei den Kindern und Jugendlichen echte Aha-Momente und es beeindruckt, wie begeistert Kinder und Jugendliche hier lernen, wenn sie Natur selbst entdecken dürfen. Das Projekt hat unser Angebot attraktiver gemacht und zugleich neue Türen zu Kooperationen in der Region geöffnet.“

Gunnar Bock weist darauf hin, dass „durch die Gründung der AktivRegion eine Fördereinheit entstanden [ist], die auch über ihren eigentlichen Zweck hinaus Zusammenarbeit und Zusammenhalt auf beiden Seiten der Schlei gelernt hat und dies nunmehr in der Region lebt! Die enge Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren bringt Menschen, Ideen und Projekte zusammen und schafft so die Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung unserer Region. Drohende Mittelkürzungen würden genau solche erfolgreichen Initiativen gefährden und die Entwicklung ländlicher Räume spürbar ausbremsen!“

Hintergrund:

Bislang war die europäische Förderarchitektur klar strukturiert: eigenständige Fonds mit zweckgebundenen und verbindlichen Mittelzuweisungen stärkten gezielt den ländlichen Raum und förderten Lebensqualität, Wirtschaftskraft sowie Bürgerbeteiligung. Diese Struktur garantierte Transparenz, Planungssicherheit und eine thematische Schwerpunktsetzung – unter aktiver Einbindung regionaler und lokaler Akteure.

Künftig sollen sogenannte Nationale und Regionale Partnerschaftspläne mehrere EU-Fonds bündeln und zentral über die Mitgliedstaaten gesteuert werden. Damit droht die Mitsprache der Regionen erheblich geschwächt zu werden. Entscheidungen würden stärker auf nationaler Ebene konzentriert – mit unklaren Folgen für die konkreten Bedarfe vor Ort.

Ohne klar definierte Fonds oder verbindliche Mindestquoten könnten Mittel für die ländliche Entwicklung zunehmend in andere ebenfalls wichtige politische Prioritäten wie Verteidigung, Wettbewerbsfähigkeit oder Industriepolitik umgelenkt werden. Der ländliche Raum braucht daher ein eigenständiges, finanziell abgesichertes Budget, sonst besteht die Gefahr erheblicher Mittelkürzungen. Die Umsetzung der AktivRegionen wäre so nicht mehr gesichert.

Sollten die Vorschläge der Europäischen Kommission umgesetzt werden, würden künftig vor allem land- und forstwirtschaftliche Akteure profitieren. Dies würde den Charakter des bisherigen Programms grundlegend verändern und den ländlichen Raum als Ganzes schwächen. Zugleich gilt: Verwaltungsverfahren müssen vereinfacht und bürokratische Hürden konsequent abgebaut werden. Ein erleichterter Zugang zu Fördermitteln ist Voraussetzung dafür, dass lokale Akteure weiterhin engagiert und wirksam handeln können.